



**Antworten der
Christlich-Sozialen Union in Bayern e.V. (CSU)
auf die Fragen von
Netzwerk Kinder von Inhaftierten**

1. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei für die Entwicklung eines Systems, das Daten zur Anzahl der Kinder mit Eltern in Haft sowie deren Lebenssituation erhebt und das Angebote für Kinder inhaftierter Eltern erfasst?

Antwort:

Aus Datenschutzgründen ist eine genaue Erfassung zu Kindern inhaftierter Eltern derzeit noch nicht vorhanden. Aktuell kann diese Information lediglich dokumentiert werden, wenn diese freiwillig dargelegt wird. Ein System zur Verbesserung der Datengrundlage zu Kindern inhaftierter Eltern kann perspektivisch geprüft werden – selbstverständlich unter Wahrung der Datenschutzvorschriften.

2. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um Kindern kindgerechte Besuche und Kontakt mit ihren inhaftierten Eltern zu ermöglichen, zum Beispiel durch häufigere und längere Besuchszeiten? Und um zusätzliche Kontaktmöglichkeiten über digitale Formate einzurichten?

Antwort:

Grundsätzlich setzen wir uns als CSU dafür ein, dass Kinder, deren Eltern in Haft sind, regelmäßig mit dem Elternteil Zeit verbringen können. Uns ist wichtig, dass die Justizvollzugsanstalten für diese besonderen Umstände sensibilisiert sind. Die Anzahl der kindgerechten Besuchsräume möchten wir weiter ausbauen. Darüber hinaus befürworten wir die Ausweitung der Videotelefonie für Gefangene, um mit ihren Kindern in Kontakt zu bleiben. Zudem unterstützt die CSU weiterhin spezialisierte Beratungsstellen für Kinder, deren Eltern in Haft sind. Fortbildungsangeboten für Justizvollzugsbeamte stehen wir positiv gegenüber.

3. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um der Kinder- und Jugendhilfe, dem Justizvollzug und den Eltern hinreichende Ressourcen zur Verfügung zu stellen, die die Umsetzung der Besuchs- und Kontaktrechte von Kindern inhaftierter Eltern sicherstellen?

Antwort:

2023 umfasst der Haushalt des Ressorts Justiz mehr als 2,9 Milliarden Euro. Das sind fast 100 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr. Anhand dessen wird deutlich: Bayern investiert in die Leistungsfähigkeit der Justiz. Dazu werden auch die 150 neuen Stellen für Richter, Staatsanwälte und weitere Justizbeschäftigte beitragen. Durch die neuen

Kapazitäten kann eine weitere Verbesserung der Situation für Kinder, deren Eltern in Haft sind, erfolgen.

4. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um Angebote zu unterstützen und auszubauen, die inhaftierten Eltern eine Teilhabe an der Elternschaft ermöglichen und ihre Beziehungs- und Erziehungskompetenz erweitern (im Sinne einer verlässlichen Elternschaft zum Wohle des Kindes)?

Antwort:

Familienleben ist so vielfältig wie das Leben selbst. Moderne Familienpolitik muss unserer Ansicht nach allen familiären Situationen gerecht werden. Bei Kindern, deren Eltern in Haft sind, liegt eine belastende, familiäre Ausnahmesituation vor. Strafen müssen spürbar sein, aber auch Maß und Mitte kennen und dem Einzelfall gerecht werden. Resozialisierung ist wichtig, darf aber nicht zu falsch verstandener Milde führen. Diese Abwägungen haben für uns hohe Priorität.